



Ausschuss für Wissenschaft und Forschung

51. Sitzung (öffentlich)

2. Dezember 2004

Düsseldorf - Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:40 Uhr

Vorsitz: Joachim Schultz-Tornau (FDP)

Stenografin: Eva-Maria Bartylla

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- 1 Gesetz über die Durchführung von Auswahlverfahren in bundesweit zulassungsbeschränkten Studiengängen (Auswahlverfahrensgesetz - AuswVfG)** 1

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/6102

Der Ausschuss nimmt den Änderungsantrag der CDU einstimmig an.

Den Gesetzentwurf der Landesregierung in entsprechend geänderter Fassung nimmt der Ausschuss mit den Stimmen von SPD, Grünen und CDU gegen die Stimmen der FDP an.

Der Entschließungsantrag von SPD und Grünen wird ebenfalls einstimmig angenommen.

- 2 Gesetz zur Errichtung einer Stiftung "Stiftung zur Akkreditierung von Studiengängen in Deutschland"** 4

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/6182

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung vorbehaltlich der Zustimmung der mitberatenden Ausschüsse einstimmig zu.

- 3 Die Landesregierung muss jährlich einen Bericht zur technologischen Leistungsfähigkeit Nordrhein-Westfalens vorlegen** 5

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/6240

- vertagt -

- 4 Wettbewerblichen Föderalismus im Hochschulrecht sichern - Habilitation als gleichwertig neben der Juniorprofessur im Hochschulgesetz verankern** 5

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/6033

In Verbindung damit:

Juniorprofessur rechtlich verankern - Rechtssicherheit schaffen - Habilitation als Qualifizierungsweg neben der Juniorprofessur weiterhin möglich

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/6059

- erledigt aufgrund des bereits verabschiedeten Gesetzes zur Weiterentwicklung der Hochschulreform, Drucksache 13/5504 -

- 5 Forschungs- und Wirtschaftsstandort NRW stärken - Bio- und Gentechnik fördern** 6

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/6026

In Verbindung damit:

Bio-Konsens NRW

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/3952 (Neudruck)

Und:

Nanotechnologie ist Zukunftstechnologie zur industriellen Erneuerung in NRW - Nanotechnologiewettbewerb NRW starten

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/3953

Und:

Biotechnologisches Innovationsland Nordrhein-Westfalen

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/5659

Der Ausschuss verständigt sich darauf, die Diskussion zu vertagen, bis die Voten der mitberatenden Ausschüsse zum FDP-Antrag Drucksache 13/6026 vorliegen.

6 Das beste Personal für unsere Kinder - Für eine Stärkung der Attraktivität und des fachlichen Standards der Erzieherausbildung 7

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/4694
Ausschussprotokoll 13/1349

Der Ausschuss lehnt den FDP-Antrag mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von FDP und CDU ab.

7 Sporttest für Kindergarten und Schule - Standards für den Bewegungsstatus der Kinder entwickeln! 11

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/5327

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, kein Votum abzugeben.

8 Reform der Lehrerausbildung - Fortbildungsoffensive für Lehrer 11

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/6022

Der Ausschuss lehnt den Antrag der FDP mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der CDU ab.

**9 Parlamentsrechte stärken - Kultusministerkonferenz reformieren
Beteiligung des Landtags bei KMK-Verhandlungen zukünftig verbessern 14**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/6086

In Verbindung damit:

Kultusministerkonferenz reformieren - länderübergreifende Koordinierung im Bildungswesen stärken

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/6197

Der Ausschuss lehnt den Antrag der FDP mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP ab.

Den Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen nimmt der Ausschuss mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP an.

- Abstimmungsergebnis siehe Beschlussteil dieses Protokolls -

2 Gesetz zur Errichtung einer Stiftung "Stiftung zur Akkreditierung von Studiengängen in Deutschland"

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/6182

Cornelia Tausch (SPD) weist darauf hin, dass sich die mitberatenden Ausschüsse noch nicht zum Gesetzentwurf geäußert hätten. Damit das Gesetz aber zu Beginn des Jahres in Kraft treten könne, rege sie an, dass dieser Ausschuss einen Vorratsbeschluss fasse.

Dr. Friedrich Wilke (FDP) hat keine Bedenken gegen dieses Gesetz. Nicht der Gesetzestext bereite ihm Sorgen, sondern einzelne andere Formulierungen führten ihn zu der Frage, ob und inwieweit das Ministerium bei der Genehmigung und Beurteilung von Studiengängen noch seine Finger mit im Spiel habe. Im Wissenschaftsausschuss habe doch immer Einigkeit geherrscht, dass die Akkreditierung die Genehmigung ersetze - es sei denn, die Genehmigung sei ein rein formeller Akt. Nun finde er aber Hinweise darauf, dass die Stiftung die Einhaltung der Strukturvorgaben sicherzustellen habe. Deshalb stelle er die Frage, was er sich unter § 2 Abs. 1 Nr. 2 vorzustellen habe, was ländergemeinsame und landesspezifische Strukturvorgaben bedeuteten und was da insbesondere aus Nordrhein-Westfalen komme.

Manfred Kuhmichel (CDU) erklärt, die CDU stimme dem Gesetzentwurf und dem vorgeschlagenen Verfahren eines Vorratsbeschlusses zu. Die CDU bitte auch um Beantwortung der von Herrn Dr. Wilke aufgeworfenen Frage.

MD'in Dr. Kreutz-Gers (MWF) verweist auf die begrenzte Bereitschaft der Länder, auf die Genehmigung von Studiengängen nach Akkreditierung zu verzichten. Ihres Wissens solle das nur in Nordrhein-Westfalen gelten. Mit dem Hochschulkonzept 2010 und den Zielvereinbarungen, die jetzt abgeschlossen würden, wolle NRW ab dem 1. Januar 2005 auf die Genehmigung von Studiengängen verzichten. Das treffe für die übrigen Bundesländer nicht zu. Sie schließe nicht aus, dass das etwa in Hamburg der Fall sei, aber in vielen anderen Bundesländern sei es nicht der Fall. Dort werde ein Studiengang dann trotz Akkreditierung nach wie vor genehmigt. Von daher handele es sich auch um ein Kompromisspapier. Nordrhein-Westfalen habe ihrer Ansicht nach eine etwas liberalere Praxis als die übrigen Bundesländer.

Es gebe zwei Sorten von Strukturvorgaben. Es gebe Strukturvorgaben, die bestimmte Fächer regelten. Bei den Modellversuchen zur konsekutiven Lehrerausbildung gebe es ja besondere Strukturvorgaben, die derzeit auch in der KMK vereinbart würden. Solche besonderen Strukturvorgaben gebe es auch für die Kunst- und Musikhochschulen, die eine etwas andere Regelung hätten als im HRG, was die Dauer des Studiums bei-

spielsweise angehe. In Nordrhein-Westfalen würden länderrechtliche Strukturvorgaben nur diskutiert als gewisse Konkretisierungen der Strukturvorgaben, die auf KMK-Ebene nötig erschienen, wenn man sich von der Genehmigung der Studiengänge trenne.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) begrüßt den Gesetzentwurf zur Errichtung einer Stiftung, weil er den Akkreditierungsrat, aber auch die Eckpunkte der KMK auf eine gesicherte gesetzliche Grundlage stelle. Der Gesetzentwurf diene auch der Herstellung von Transparenz und Vergleichbarkeit im Wettbewerb in einem zusammenwachsenden europäischen Hochschulraum.

Dr. Friedrich Wilke (FDP) äußert, beim Akkreditierungsrat seien u. a. auch fünf Vertreter aus der beruflichen Praxis tätig, davon ein Vertreter des für das Dienst- und Tarifrecht zuständigen Landesministeriums. Er wolle gern wissen, woraus die besondere Qualifikation des für das Dienst- und Tarifrecht zuständigen Landesministeriums für einen Akkreditierungsrat resultiere. - **MD'in Dr. Kreutz-Gers (MWF)** antwortet, es gehe um die Frage, ob Master-Studiengänge an Fachhochschulen den Zugang zum höheren Dienst eröffneten. Für diesen Fall und für die dann zu akkreditierenden Studiengänge sitze ein Vertreter der IMK-Seite im Akkreditierungsrat. Das tue er auch schon jetzt. So stehe es auch wieder im Gesetz.

- Abstimmungsergebnis siehe Beschlussteil dieses Protokolls -

3 Die Landesregierung muss jährlich einen Bericht zur technologischen Leistungsfähigkeit Nordrhein-Westfalens vorlegen

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/6240

- vertagt -

4 Wettbewerblichen Föderalismus im Hochschulrecht sichern - Habilitation als gleichwertig neben der Juniorprofessur im Hochschulgesetz verankern

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/6033

In Verbindung damit:

Juniorprofessur rechtlich verankern - Rechtssicherheit schaffen - Habilitation als Qualifizierungsweg neben der Juniorprofessur weiterhin möglich

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und